

Sorge um den Welthandel

Strafzölle Ökonomen warnen die Europäer, sich in einen Handelskrieg der USA mit China hineinziehen zu lassen.

Berlin/Peking/Washington. Mit dem Streit zwischen den USA, Europa und China über milliardenschwere Strafzölle wächst die Sorge über die Zukunft des globalen Handelssystems. Wirtschaftsverbände und Ökonomen warnen am Wochenende vor einer Eskalation und einem nachhaltigen Schaden für die Welt-Handelsorganisation WTO.

Grund für Schwarzmalerei gebe es aber nicht. Die Ökonomen wollen ihre bisherigen Prognosen für das Wachstum der deutschen Wirtschaft, die für 2018 ein Plus von über 2 Prozent vorhersagen, beibehalten.

Trump hat Schutzzölle auf Einfuhren aus China im Umfang von 60 Mrd. Dollar angekündigt – wegen angeblichen Diebstahls geistigen Eigentums und wettbewerbswidriger Praktiken. Peking will mit Vergeltungsabgaben auf US-Waren im Umfang von 3 Mrd. Dollar dagegen halten.

China warnte vor einer Eskalation. Sein Land sei „bereit und in der Lage“, in einem möglichen Handelskrieg „seine nationalen Interessen zu schützen“, sagte Chinas Vizepremier Liu He in einem Telefonat mit US-Finanzminister Steven Mnuchin. Das Vorgehen der USA verstoße gegen internationale Handelsregeln.



Chinas Vizepräsident Liu He: Nationale Interessen schützen.

Foto: afp/Greg Baker

„Die Ankündigungen der US-Administration bereiten uns große Sorge“, sagte Friedolin Strack vom Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Einschätzung Washingtons, dass es beim Marktzugang Ungleichheiten gebe, teile er durchaus, sagte Strack. Das Ifo Institut ermunterte die EU-Kommission, sich schützend vor die Welt-Handelsorganisation WTO zu stellen und sich nicht in einen Handelskrieg der USA gegen andere Länder hineinziehen zu lassen. Mit bilateralen Vereinbarungen lasse die EU zu, dass Präsident Trump einen Keil zwischen die WTO-Mitglieder treibe.

Die meisten der von der Nachrichtenagentur dpa befragten Volkswirte fürchten, dass ein Handelskrieg zwischen den USA und China auch auf die europäische und deutsche Wirtschaft durchschlagen wird. dpa

Vermögensverwalter beklagen „bürokratischen Unsinn“

Geldanlage Beratungsgespräche müssen aufgezeichnet, viele Formulare ausgefüllt werden: Zwei Experten zeigen die Folgen für Banker und Verbraucher auf. Von Rolf Oberreis

Natürlich wollen wir, dass der Kunde sein Geld bei uns mit geringerem Risiko und möglichst ertragreich anlegt“, sagt Gerhard Schaan. „Es geht um einen fairen Umgang. Andererseits wollen wir auch Geld verdienen“, ergänzt sein Geschäftspartner Martin Schneider. Beide sind erfahrene Anlageexperten, haben mehr als 20 Jahre bei großen Banken gearbeitet, sich vor knapp zehn Jahren mit einer Vermögensverwaltung selbstständig gemacht. Mit einer weiteren Mitarbeiterin ist Schaan Investment in Frankfurt mit einem kleinen Büro aktiv. Mit Erfolg: Im vergangenen Jahr haben sie für ihre Kunden einen Vermögenszuwachs von bis zu 20 Prozent erwirtschaftet, mit einer soliden Anlagestrategie.

„Bei der Geldanlage will die Finanzaufsicht offenbar eine Art Bürgerversicherung.“

Gerhard Schaan
Vermögensverwalter

Seit Jahresanfang ist das Geschäft aber schwieriger und erheblich aufwändiger geworden. Für Schaan und Schneider wie für die gesamte Branche. Die Gründe leuchten den beiden ein, der Ansatz sei nach den Erfahrungen mit der Finanzkrise, den fragwürdigen Praktiken vieler Banken und zum Teil hohen Verlusten von Kleinanlegern richtig. „Mifid II“ heißt das Regelwerk, an das sich Banken und Finanzdienstleister halten müssen. Auf 20 000 Seiten werden bis ins kleinste Detail Vorschriften aufgelistet. Viele Banken mussten neue Mitarbeiter einstellen.

Schaan und Schneider noch nicht. Sie halten einen dicken Stapel mit Formularen hoch, zitieren daraus, was sie von Kunden alles abfragen müssen und was der wiederum gegenzeichnen muss: „Sachkundenachweis, Geeignetheit, Ex-Ante Kostenerfassung, Umgang mit Interessenskonflikten, Geldwäschegesetz, Finanzinstrumente“, zählt Schneider auf.

Unlängst habe man mit einer neuen Kundin einen Tag gebraucht, um die mehr als 30 Seiten umfassenden Unterlagen durchzusprechen und unterzeichnen zu lassen. Die Dame habe gar nicht alles lesen können, ihr habe der Kopf gebrummt. „Der Aufwand ist kaum mehr zu rechtfertigen, mehr Sicherheit bringt das nicht“, sagen die beiden Vermögensverwalter.

„Wir brauchen den mündigen Kunden, aber so dass er sich auch in zeitlich überschaubarem Rahmen einen Überblick verschaffen kann“. Verbraucherschutz sei gut und wichtig, aber was jetzt



Beratungsgespräch bei der Geldanlage: Massenhaft Daten und Formulare, die Mifid II verlangt.

Foto: © Rawpixel.com/Shutterstock.com

gefordert werde, überfordere auch den Kunden.

Die beiden Ex-Banker nehmen ohnehin nur Verwaltungsmandate. Der Kunde gibt Schaan klare Vorgaben und Ziele für die Verwaltung seines Vermögens. Dafür zahlt er jährlich eine Gebühr, zusätzlich bekommt der Verwalter eine Gewinnbeteiligung von 10 Prozent. Beratung zu einzelnen Wertpapieren und Aktien bieten die beiden wie viele andere, auch renommierte Privatbanken, nicht an. Der Aufwand sei viel zu groß. Jetzt müssen solche Beratungsgespräche auch am Telefon aufgezeichnet und fünf Jahre gespeichert werden. Das soll den Verbraucher im Streitfall schützen.

Die Vorgaben haben teilweise absurde Folgen. Schaan berichtet von einer Kundin, die für wenige Tausend Euro Aktien von Coca

Cola kaufen wollte und zu ihrer Großbank ging. Sie hat einen guten Job, verdient anständig, hielt die Aktie des US-Unternehmens für solide. Ihr ist klar, dass es mit dem Kurs auch mal nach unten gehen kann. Zwei Stunden sitzt sie mit ihrer Beraterin zusammen. Die weigert sich schließlich, für die Kundin das Coca-Cola-Papier zu kaufen: Aktien seien für sie generell nicht das Richtige. Verwundert verlässt die Frau die Bank – und kauft heute Aktien vermutlich ohne Beratung.

Schaan kennt aber auch gegenteilige Fälle. Vielen Versicherungsmaklern gehe es nur um die Provision. Er berichtet von einer Kundin, die bei einer Versicherung vor gut zwei Jahren 5000 € in einen europäischen Aktienfonds angelegt hat. Heute sind es nur noch 4700 € – trotz guter Ent-

wicklung am Aktienmarkt. Schaan weiß warum: Beim Abschluss hat der Makler 500 € Provision kassiert. Zudem ist der Gewinnzuwachs für die Anlegerin auf 2 Prozent pro Jahr begrenzt, alles was darüber liegt geht an die Versicherung. Verluste dagegen werden der Kundin voll belastet.

Solche Praktiken müssten abgestellt werden, dafür sei Mifid II gut, weil sie Transparenz bei den Kosten bringe, sagt der Vermögensverwalter. Trotzdem sei das Geschäft mittlerweile überreguliert, klagt nicht nur er. „Die Finanzaufsicht will bei der Geldanlage offenbar eine Art Bürgerversicherung.“

Teurer wird es für die Branche ohnehin. Research-Berichte, also Analysen des Marktes und einzelner Wertpapiere, müssen jetzt bezahlt werden. Eigentlich müssten Schaan und Schneider einen zusätzlichen Experten halbtags einstellen, um die neuen Vorgaben bewältigen zu können – für mindestens 40 000 € im Jahr. Noch scheuen die beiden diesen Aufwand, auch weil ihnen der Verband unabhängiger Vermögensverwalter bei der Bewältigung von Mifid II hilft. „Ohne diese Unterstützung wäre es für kleine Vermögensverwalter wie uns schwierig.“



Zwei ehemalige Banker, die sich als Vermögensverwalter selbstständig machten: Martin Schneider (links) und Gerhard Schaan. Foto: privat



KOPF ODER ZAHL?



Malu Dreyer, (SPD), rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin, nennt die Debatte über ein solidarisches Grundeinkommen als Alternative zu Hartz-IV, für eine lohnenswerte Diskussion. „Am Ende eines solchen Prozesses könnte das Ende von Hartz IV stehen“, sagte Dreyer. In der SPD waren zuletzt Rufe nach einem Kurswechsel bei der Unterstützung von Langzeitarbeitslosen lauter geworden. dpa

Honig Großteil kommt aus dem Ausland

Hamburg. Deutschland führt immer mehr Bienenhonig ein. Die Importe erhöhten sich im vergangenen Jahr um 4,7 Prozent auf fast 87 800 Tonnen Honig im Wert von 259 Mio. €, teilte der Honig-Verband mit. Die Verbraucher in Deutschland verzehren rund ein Kilogramm Honig pro Jahr. Die Nachfrage nach Honig kann von den deutschen Imkern allein nicht gedeckt werden. Sie produzieren zuletzt weniger als ein Viertel des gesamten deutschen Honigaufkommens. dpa

DER VERBRAUCHERTIPP AKTUELLE PKW-RATENKREDITE

Konditionen in % p.a. effektiv Trend: stagnierend

Anbieter	Laufzeit in Monaten*		Kreditsumme ab Euro	Kontakt
	12	36		
Commerzbank	1,75	1,75	1.500	069/98 66 09 66
ING-DiBa	2,79	2,79	5.000	069/50 50 01 06
Deutsche Skatbank	2,92 ¹	2,92 ¹	3.000	03447/5 15 57 55
Bank of Scotland	2,95 ¹	2,95 ¹	3.000	030/2 80 42 80
PSD Bank RheinNeckarSaar	2,99 ²	2,99 ²	2.500	0711/9 00 50 35 00
ADAC	3,49	3,49	2.500	089/76 76 15 07
Consorsbank	3,75 ²	3,49 ²	10.000	06721/9 10 18 39
carcredit	3,59	3,59	1.000	02161/9 06 02 06
SKG Bank	3,69	3,69	2.000	0681/8 57 38 00
Volksbank Göttingen	3,77 ²	3,77 ²	10.000	07161/62 00
Barclaycard	4,15 ²	4,15 ²	1.000	0800/1 13 32 20
Oyak Anker Bank	4,19	4,19	2.500	069/29 92 29 76 00
Creditplus Bank	4,99 ²	4,99 ²	500	0711/3 42 39 39 00
1822direkt	6,78 ¹	6,63 ¹	2.500	069/5 05 09 30

* Zinssatz gilt für 10.000 Euro
1) Online-Konditionen – 2) bonitätsabhängig

Angaben ohne Gewähr
Quelle: **bia|lo.de**; Stand: 23.03.2018

Autobranche Diesel nicht nachrüsten

Berlin. In der Debatte um Dieselabgase und Fahrverbote lehnt die deutsche Autobranche technische Nachrüstungen an Dieselaautos für eine bessere Abgasreinigung weiter ab. Die bereits laufenden Updates der Motorsoftware führten nicht dazu, dass die Autos mehr Kraftstoff verbrauchten, sagte der Präsident des Branchenverbands VDA, Bernhard Mattes. „Hardware-Nachrüstungen hingegen würden Verbrauch und CO₂-Ausstoß erhöhen. Das kann ja kaum jemand wollen.“ dpa

Unternehmen kippen ihre Werbung

Facebook Firmenchef Zuckerberg entschuldigt sich. Die Stornierung von Anzeigen trifft den Konzern wirtschaftlich.

London/Los Angeles. Facebook-Chef Mark Zuckerberg hat sich am Sonntag mit ganzseitigen Anzeigen in mehreren britischen Zeitungen für den Datenkandal in seinem Unternehmen entschuldigt. „Wir haben die Verantwortung, Ihre Daten zu schützen. Wenn wir das nicht können, haben wir sie nicht verdient“, heißt es in der von Zuckerberg unterschriebenen Anzeige, die lediglich mit einem kleinen Facebook-Logo gekennzeichnet war. Zuckerberg versprach, den Umfang der Daten zu beschränken, der über Apps auf Facebook gesammelt werden kann.

Derweil kehren erste Unternehmen dem weltgrößten Online-Netzwerk zumindest zeitweise den Rücken. Die Facebook-Seiten des Elektroauto-Herstellers Tesla und der Raumfahrt-Firma SpaceX gingen am Wochenende vom Netz. Mozilla, der Entwickler des Web-Browsers Firefox, will keine Werbung mehr auf Facebook platzieren, bis das Netzwerk seine Datenschutz-Einstellungen verbessert.

Der Anbieter vernetzter Lautsprecher Sonos stoppt für eine Woche die Online-Werbung auch bei der Foto-Plattform Instagram, Google und Twitter.

Facebook versuche nun, hinter den Kulissen Werbeagenturen zu beruhigen und ihnen zu versichern, dass die Daten ihrer Kunden sicher seien. dpa

„Einen Fuß im Gefängnis“

Manager VW-Chef Matthias Müller verteidigt sein Millionen-Gehalt.

Berlin. VW-Chef Matthias Müller hat sein Millionengehalt verteidigt. Es gebe zwei Gründe, sagte er im „Spiegel“: die Relevanz des Unternehmens für die Volkswirtschaft sowie das Risiko. Als Chef „steht man immer mit einem Fuß im Gefängnis“, sagte Müller. Er denke, „dass unsere Gehälter angesichts dieser Verantwortung gerechtfertigt sind“.

Müller bekommt für das Jahr 2017 eine Vergütung von gut 10 Mio. €. Das ist ein Plus von fast 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt zahlte VW den zehn Vorstandsmitgliedern Vergütungen in Höhe von 50,3 Mio. €. Gehaltsdebatten seien vorrangig ein deutsches Phänomen, beklagte Müller. „Das Thema ist halt extrem emotional.“

Der VW-Aufsichtsrat habe ein neues Gehaltssystem aufgesetzt. Hätte er seinen alten Vertrag behalten, hätte er rund 14 Mio. € verdient. „Ich habe also auf einen großen Betrag verzichtet.“ dpa